

Niederschrift

über die Sitzung des Bauausschusses / Werkausschusses Entwässerungsbetrieb - Haushalt am Dienstag, dem 19.01.2010, 16:10 - 19:40 Uhr, im Ratssaal, Rathaus.

Der Vorsitzende eröffnet um 16:10 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nichtöffentliche Tagesordnung

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung

4. Mitteilungen zur Kenntnis

- 4.1. Einsparziele bei Gründung des Gebäudemanagements Erlangen (GME) und deren Erreichung 241/002/2010
Kenntnisnahme

- 4.2. Haushalt 2010; Arbeitsprogramm Amt 66 hier: Allgemeine Erhöhung der Finanzmittel für die Erhaltung und Instandsetzung der städtischen Verkehrsinfrastrukturanlagen 66/005/2010
Kenntnisnahme

- 4.3. Anträge zum Haushalt 2010; hier: Änderungsantrag 307/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage 1) Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 72, Nr. 52 66/003/2010
Kenntnisnahme

- 4.4. Anträge zum Haushalt 2010; hier: Änderungsantrag 309/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage 1) Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 75, Nr. 58 66/004/2010
Kenntnisnahme

- 4.5. Anträge zum Haushalt 2010; hier: Sicherheitsrelevante Tragfähigkeitsprüfung an Auslegern von Beton-Lichtmasten 66/006/2010
Kenntnisnahme
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt Seite 7, Nr. 4

- 4.6. Anträge zum Haushalt 2010; hier: Änderungsantrag 304/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage) Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 76, Nr. 61 66/002/2010
Kenntnisnahme

4.7.	KGST-Vorschlag 143: Entfall Prüfung und Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen und Bürgerberatung sowie Gebührenanhebung - Tischauflage	63/013/2010 Kenntnisnahme
5.	Amt für Gebäudemanagement	
5.1.	Brandschutztechnische Sanierung des Markgrafentheaters, Einbau von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen in das Zuschauerhaus, sowie Sicherung der Rettungswege im Bereich der Treppenhäuser und Ringflure; Erneuerung der Kälteanlagen und Aufbau einer Ersatzstromversorgung	242/004/2009 Beschluss
5.2.	Sanierung Turnhalle Schule Frauenaurach, Fraktionsantrag 308/2009 der Freien Wählergemeinschaft Erlangen vom 1.12.09 gemäß § 28 GeschO	242/005/2009 Beschluss
6.	Bauaufsichtsamt - Bauanträge positiv	
6.1.	Temporäre Überdachung (Mai - Juli) von 3 Terrassenachsen mit einer automatischen Markisenanlage; An den Kellern 5; 2009-1312-BA	63/003/2009 Beschluss
6.2.	Neubau einer Studentenwohnanlage mit Begegnungsstätte und Büroräumen/ Bauteil Ost (2009-1387-VV), Neubau einer weiteren Studentenwohnanlage/ Bauteil West (2009-1388-VV) und Neubau eines Studentenwohnheims/ Bauteil Mitte (2009-1385-VV) mit einer Gemeinschafts-Tiefgarage mit 100 Stellplätzen; An der Henkestraße (Lauksche Gärtnerei)	63/006/2010 Beschluss
7.	Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2010	
7.1.	Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010 Neufassung Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009 (Sitzung des HFPA-HH am 10.02./11.02.2010)	11/001/2009 Gutachten
7.2.	Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe Arbeitsprogramm 2010 (Seiten 71 -94)	241/001/2009 Gutachten
7.2. 1.	Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe Arbeitsprogramm 2010 (Seiten 71 -94)	241/001/2009 Beschluss
7.3.	Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63); -siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form Seiten 339 ff.-	63/001/2009 Gutachten

- | | | |
|------|---|--------------------------|
| 7.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des
1. Bauaufsichtsamtes (Amt 63);
-siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form Seiten 339 ff.- | 63/001/2009
Beschluss |
| 7.4. | Beschlussvorlage: Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm
2010 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramm 2010 in
gebundener Form Seite 345 - 357 | 66/001/2009
Gutachten |
| 7.4. | Beschlussvorlage: Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm
1. 2010 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramm 2010 in
gebundener Form Seite 345 - 357 | 66/001/2009
Beschluss |
| 7.5. | Finanzhaushalt / Investitionsprogramm | |
| 7.6. | Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen | |
| 7.7. | Abstimmungsskript zu den Konsolidierungsvorschlägen der KGSt | |
| 8. | Anfragen | |

Die Sitzung wird anschließend nichtöffentlich fortgesetzt.

Mitteilung zur Kenntnis

VI/241/GSL-2191

Einsparziele bei Gründung des Gebäudemanagements Erlangen (GME) und deren Erreichung

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Beteiligte Dienststellen (intern)				
Beteiligte Dienststellen (extern)				

I. Antrag

(Kenntnisnahme ist bereits im Stadtrat vom 10. Dezember 2009 erfolgt.)

Vorgaben bei Gründung des Gebäudemanagements Erlangen (GME)

Die Ziele laut Grundsatzentscheidung zur Einführung eines Gebäudemanagements bei der Stadt Erlangen sind im Beschluss des StR vom 28. September 2000 im Einzelnen aufgeführt:

1. Integration und Optimierung der Haus- und Reinigungsdienste
2. Minimierung der Umweltbelastung und des natürlichen Ressourcenverbrauchs
3. Optimierung der Gesamtkosten der Bewirtschaftung (einschl. Verwaltungskosten)
4. Sicherstellung des langfristigen Vermögenserhalt

Im Beschlusstext wird das (Einspar-)Ziel „Senkung der Immobilienkosten“ differenziert in:

- Reduzierung der Personalkosten für die Verwaltung und Betreuung der Gebäude
- mittelfristige Reduzierung der Mittel für den Bauunterhalt durch planmäßige Instandhaltungsarbeiten
- mittelfristige Reduzierung der Mittel für den Bauunterhalt durch Abbau des Sanierungsstaues
- Reduzierung der Reinigungs- und Energiekosten
- Abbau möglicher Überkapazitäten
- Reduzierung der Folgekosten (Wertschöpfung durch ganzheitliche Betrachtung)

Als übergreifendes Ziel wird im Beschlusstext auf die Prognose laut Organisationshandbuch des Gebäudemanagements, das gleichzeitig als Abschlussbericht des Coachings diente, zurückgegriffen.

Zielgröße: 7,3 Prozent des Gesamtaufwandes

Erfolge des Gebäudemanagements Erlangen (GME)

Die Summe der monetär bezifferbaren Einsparungen beläuft sich inzwischen **jährlich auf nahezu 1 000 000 €**. Dies entspricht **13,4 Prozent des entsprechenden Gesamtaufwandes 2008**. Die Erfolge des GME sind nachweisbar (siehe nachstehende Übersichten) und basieren auf

- der stetigen Effizienzsteigerung im Gebäudemanagement sowie
- der energetischen Sanierung zahlreicher kommunaler Liegenschaften.

Monetär bezifferbare Erfolge (Senkung der immobilienbezogenen Kosten)

<u>Haus-, Wach- und Pfortendienste</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	betreute Fläche 2004	betreute Fläche 2008
	1.841.742 €	1.977.868 €	-2,19	298.486,00 qm	327.728,00 qm
<u>Reinigungskosten</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	Reinigungsfläche 2004	Reinigungsfläche 2008
Unterhaltsreinigung	3.299.515 €	2.938.003 €	-22,61	269.350,00 qm	309.925,00 qm
<u>Energieverbrauch</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Veränderungen in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
Wärme - witterungsbereinigt - Strom	1.445.912 € 707.447 €	1.227.359 € 779.468 €	-15,12 10,18	43.247.048 kWh 6.165.549 kWh	36.710.154 kWh 6.793.224 kWh
<u>Wasser - ohne Abwasserbeseitigung -</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Einsparung in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
	137.416 €	122.106 €	-11,14	88.138 m3	78.318 m3
<u>Abfallentsorgung</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Einsparung in Prozent	Restmüllvolumen 2000	Restmüllvolumen 2008
	261.372 €	168.809 €	-35,41	173.940 Liter	112.340 Liter
		Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	Einsparungen in Euro	
		7.213.612 €	-13,4	-966.640 €	
<u>Instandhaltungskosten</u>			Veränderung in Prozent	Rechnungsergebnis 2000	Rechnungsergebnis 2008

Substanzerhalt / Abbau des Instandhaltungstaus

55,62

3.845.170 €

5.984.010 €

Weitere, monetär nicht direkt bezifferbare Erfolge (Optimierung des Gebäudemanagements)

<u>IT-Unterstützung durch Erfassung der 2D-, teilweise 3D-CAD-Daten auf Raumebene</u>	Veränderung in Prozent	erfasste Fläche 2000	erfasste Fläche 2008
	272,00	25 Prozent	93 Prozent
<u>Senkung des Primärenergieverbrauchs</u>	Einsparung in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
	-19,98	67.359.018 kWh	53.902.500 kWh
<u>Entwicklung der CO₂ - Emissionen durch Wärme- und Stromverbrauch</u>	Einsparungen in Prozent	Aufkommen 2000	Aufkommen 2008
ohne Berücksichtigung des CO ₂ - freien Strombezugs aus Wasserkraftwerken (2007 und 2008)	-37,07	15,08 TSD. Tonnen/Jahr	9,49 TSD. Tonnen/Jahr
mit Berücksichtigung des CO ₂ - freien Strombezugs aus Wasserkraftwerken (2007 und 2008)	-48,81	15,08 TSD. Tonnen/Jahr	7,72 TSD. Tonnen/Jahr
<u>Optimierung des Flächenverbrauchs in Verwaltungsgebäuden</u>	Veränderung in Prozent	durchschnittl. Fläche Büroraum je Mitarbeiter/-in im Oktober 2006	aktuelle durchschnittl. Fläche Büroraum je Mitarbeiter/-in
	-5,80	15,05 qm NF 2.1	14,18 qm NF 2.1

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

(Kenntnisnahme ist bereits im Stadtrat vom 10. Dezember 2009 erfolgt.)

Vorgaben bei Gründung des Gebäudemanagements Erlangen (GME)

Die Ziele laut Grundsatzentscheidung zur Einführung eines Gebäudemanagements bei der Stadt Erlangen sind im Beschluss des StR vom 28. September 2000 im Einzelnen aufgeführt:

5. Integration und Optimierung der Haus- und Reinigungsdienste
6. Minimierung der Umweltbelastung und des natürlichen Ressourcenverbrauchs
7. Optimierung der Gesamtkosten der Bewirtschaftung (einschl. Verwaltungskosten)
8. Sicherstellung des langfristigen Vermögenserhalt

Im Beschlusstext wird das (Einspar-)Ziel „Senkung der Immobilienkosten“ differenziert in:

- Reduzierung der Personalkosten für die Verwaltung und Betreuung der Gebäude
- mittelfristige Reduzierung der Mittel für den Bauunterhalt durch planmäßige Instandhaltungsarbeiten
- mittelfristige Reduzierung der Mittel für den Bauunterhalt durch Abbau des Sanierungsstaues
- Reduzierung der Reinigungs- und Energiekosten
- Abbau möglicher Überkapazitäten
- Reduzierung der Folgekosten (Wertschöpfung durch ganzheitliche Betrachtung)

Als übergreifendes Ziel wird im Beschlusstext auf die Prognose laut Organisationshandbuch des Gebäudemanagements, das gleichzeitig als Abschlussbericht des Coachings diente, zurückgegriffen.

Zielgröße: 7,3 Prozent des Gesamtaufwandes

Erfolge des Gebäudemanagements Erlangen (GME)

Die Summe der monetär bezifferbaren Einsparungen beläuft sich inzwischen **jährlich auf nahezu 1 000 000 €**. Dies entspricht **13,4 Prozent des entsprechenden Gesamtaufwandes 2008**. Die Erfolge des GME sind nachweisbar (siehe nachstehende Übersichten) und basieren auf

- der stetigen Effizienzsteigerung im Gebäudemanagement sowie
- der energetischen Sanierung zahlreicher kommunaler Liegenschaften.

Monetär bezifferbare Erfolge (Senkung der immobilienbezogenen Kosten)

<u>Haus-, Wach- und Pfortendienste</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	betreute Fläche 2004	betreute Fläche 2008
	1.841.742 €	1.977.868 €	-2,19	298.486,00 qm	327.728,00 qm
<u>Reinigungskosten</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	Reinigungsfläche 2004	Reinigungsfläche 2008
Unterhaltsreinigung	3.299.515 €	2.938.003 €	-22,61	269.350,00 qm	309.925,00 qm
<u>Energieverbrauch</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Veränderungen in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
Wärme - witterungsbereinigt - Strom	1.445.912 € 707.447 €	1.227.359 € 779.468 €	-15,12 10,18	43.247.048 kWh 6.165.549 kWh	36.710.154 kWh 6.793.224 kWh
<u>Wasser - ohne Abwasserbeseitigung -</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Einsparung in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
	137.416 €	122.106 €	-11,14	88.138 m3	78.318 m3
<u>Abfallentsorgung</u>	Kosten 2000 (= Basisjahr)	preisbereinigte Kosten 2008	Einsparung in Prozent	Restmüllvolumen 2000	Restmüllvolumen 2008
	261.372 €	168.809 €	-35,41	173.940 Liter	112.340 Liter
		Kosten 2008	Einsparungen in Prozent	Einsparungen in Euro	
		7.213.612 €	-13,4	-966.640 €	
<u>Instandhaltungskosten</u>			Veränderung in Prozent	Rechnungsergebnis 2000	Rechnungsergebnis 2008

Substanzerhalt / Abbau des Instandhaltungsstaus

55,62

3.845.170 €

5.984.010 €

Weitere, monetär nicht direkt bezifferbare Erfolge (Optimierung des Gebäudemanagements)

<u>IT-Unterstützung durch Erfassung der 2D-, teilweise 3D-CAD-Daten auf Raumebene</u>	Veränderung in Prozent	erfasste Fläche 2000	erfasste Fläche 2008
	272,00	25 Prozent	93 Prozent
<u>Senkung des Primärenergieverbrauchs</u>	Einsparung in Prozent	Verbrauch 2000	Verbrauch 2008
	-19,98	67.359.018 kWh	53.902.500 kWh
<u>Entwicklung der CO₂ - Emissionen durch Wärme- und Stromverbrauch</u>	Einsparungen in Prozent	Aufkommen 2000	Aufkommen 2008
ohne Berücksichtigung des CO ₂ - freien Strombezugs aus Wasserkraftwerken (2007 und 2008)	-37,07	15,08 TSD. Tonnen/Jahr	9,49 TSD. Tonnen/Jahr
mit Berücksichtigung des CO ₂ - freien Strombezugs aus Wasserkraftwerken (2007 und 2008)	-48,81	15,08 TSD. Tonnen/Jahr	7,72 TSD. Tonnen/Jahr
<u>Optimierung des Flächenverbrauchs in Verwaltungsgebäuden</u>	Veränderung in Prozent	durchschnittl. Fläche Büroraum je Mitarbeiter/-in im Oktober 2006	aktuelle durchschnittl. Fläche Büroraum je Mitarbeiter/-in
	-5,80	15,05 qm NF 2.1	14,18 qm NF 2.1

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VII/66/SRD

Haushalt 2010; Arbeitsprogramm Amt 66

hier: Allgemeine Erhöhung der Finanzmittel für die Erhaltung und Instandsetzung der städtischen Verkehrsinfrastrukturanlagen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Beteiligte Dienststellen (intern)				
Beteiligte Dienststellen (extern)				

I. Antrag

Wie bereits in vorhergehenden Arbeitsprogrammen und mehreren Ausschussvorlagen aufgezeigt, reichen die zur Verfügung gestellten Finanzmittel bei weitem nicht zur Substanzerhaltung der städtischen Verkehrsinfrastrukturanlagen aus.

Für eine wirtschaftlich optimierte und technisch sinnvolle Erhaltung der städtischen Vermögenswerte „Verkehrsanlagen“ sind dringend die entsprechenden Haushaltsansätze entscheidend zu erhöhen und erforderliche Straßenmaßnahmen planerisch und baulich zügig abzuwickeln.

Das Straßennetz der Stadt Erlangen mit den dazugehörigen Bauwerken kann die ihm zugeordneten Aufgaben nur erfüllen, wenn es in dem geforderten Umfang regelmäßig unterhalten, instandgesetzt und erneuert wird. Die dafür eingesetzten Mittel gewährleisten dann auch die notwendige Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit, so dass auch künftig der Verkehr auf unseren Straßen qualitativ und quantitativ zu erträglichen Bedingungen bewältigt werden kann.

Ein vernünftig ausgebautes und gepflegtes Straßennetz kann somit auch zukünftig seinen unverzichtbaren Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum unserer Stadt leisten.

Da derzeit notwendige Sanierungs- und Unterhaltsmaßnahmen nicht oder nurmehr mit zeitlicher Verzögerung ausgeführt werden können, ist es nach wie vor zukünftig nicht auszuschließen, dass Brücken und Straßen aus Sicherheitsgründen gesperrt werden müssen.

Aufgeschobene Maßnahmen zur Substanzerhaltung wegen fehlender Haushaltsmittel werden zukünftig teuer und unwirtschaftlich und führen zu frühzeitigen Kostenbeteiligungen der Bürger in Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung.

Aus der beiliegenden Zusammenstellung für den HH-Entwurf 2010 und Investitionsprogramm 2009 – 2013 ist ersichtlich, dass trotz des Protestes des Fachamtes eine Vielzahl wichtiger und dringlicher Straßen- und Brückenbauprojekte abermals keine Berücksichtigung fanden. Durch diese zeitliche Verzögerung und das jährliche Aufschieben dringender Erhaltungsmaßnahmen wächst in zunehmendem Maße das bereits beträchtliche Erhaltungsdefizit.

Derzeit wird das bestehende Erhaltungsdefizit auf ca. 80 – 100 Mio. € geschätzt, mit Tendenz stark steigend.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Wie bereits in vorhergehenden Arbeitsprogrammen und mehreren Ausschussvorlagen aufgezeigt, reichen die zur Verfügung gestellten Finanzmittel bei weitem nicht zur Substanzerhaltung der städtischen Verkehrsinfrastrukturanlagen aus.

Für eine wirtschaftlich optimierte und technisch sinnvolle Erhaltung der städtischen Vermögenswerte „Verkehrsanlagen“ sind dringend die entsprechenden Haushaltsansätze entscheidend zu erhöhen und erforderliche Straßenmaßnahmen planerisch und baulich zügig abzuwickeln.

Das Straßennetz der Stadt Erlangen mit den dazugehörigen Bauwerken kann die ihm zgedachten Aufgaben nur erfüllen, wenn es in dem geforderten Umfang regelmäßig unterhalten, instandgesetzt und erneuert wird. Die dafür eingesetzten Mittel gewährleisten dann auch die notwendige Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit, so dass auch künftig der Verkehr auf unseren Straßen qualitativ und quantitativ zu erträglichen Bedingungen bewältigt werden kann.

Ein vernünftig ausgebautes und gepflegtes Straßennetz kann somit auch zukünftig seinen unverzichtbaren Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum unserer Stadt leisten.

Da derzeit notwendige Sanierungs- und Unterhaltsmaßnahmen nicht oder nurmehr mit zeitlicher Verzögerung ausgeführt werden können, ist es nach wie vor zukünftig nicht auszuschließen, dass Brücken und Straßen aus Sicherheitsgründen gesperrt werden müssen.

Aufgeschobene Maßnahmen zur Substanzerhaltung wegen fehlender Haushaltsmittel werden zukünftig teuer und unwirtschaftlich und führen zu frühzeitigen Kostenbeteiligungen der Bürger in Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung.

Aus der beiliegenden Zusammenstellung für den HH-Entwurf 2010 und Investitionsprogramm 2009 – 2013 ist ersichtlich, dass trotz des Protestes des Fachamtes eine Vielzahl wichtiger und dringlicher Straßen- und Brückenbauprojekte abermals keine Berücksichtigung fanden. Durch diese zeitliche Verzögerung und das jährliche Aufschieben dringender Erhaltungsmaßnahmen wächst in zunehmendem Maße das bereits beträchtliche Erhaltungsdefizit.

Derzeit wird das bestehende Erhaltungsdefizit auf ca. 80 – 100 Mio. € geschätzt, mit Tendenz stark steigend.

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/66/SRD

**Anträge zum Haushalt 2010;
hier: Änderungsantrag 307/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage 1)
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum
Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 72, Nr. 52**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	verwiesen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage).

Bezüglich dieses Fraktionsantrages wird auf den beiliegenden Mittelbereitstellungsantrag (Anlage 2) verwiesen, welcher im BWA am 13.10.2009 einstimmig begutachtet und im HFPA am 18.11.2009 in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 verwiesen wurde.

Die Mittelbereitstellung für Planungskosten im Jahr 2010 wird als dringend erforderlich erachtet. Eine Verpflichtungsermächtigung für die zu erwartenden Ausbaurkosten hingegen erscheinen zu verfrüht. Erst mit der Planung ergeben sich belastbare Aussagen zum Grunderwerb sowie zu den voraussichtlichen Ausbaurkosten. Ein Ausbau von 2012 erscheint deshalb nicht wahrscheinlich, zumal schwierige Grunderwerbsverhandlungen zu erwarten sind.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage).

Bezüglich dieses Fraktionsantrages wird auf den beiliegenden Mittelbereitstellungsantrag (Anlage 2) verwiesen, welcher im BWA am 13.10.2009 einstimmig begutachtet und im HFPA am 18.11.2009 in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 verwiesen wurde.

Die Mittelbereitstellung für Planungskosten im Jahr 2010 wird als dringend erforderlich erachtet. Eine Verpflichtungsermächtigung für die zu erwartenden Ausbaurkosten hingegen erscheinen zu verfrüht. Erst mit der Planung ergeben sich belastbare Aussagen zum Grunderwerb sowie zu den voraussichtlichen Ausbaurkosten. Ein Ausbau von 2012 erscheint deshalb nicht wahrscheinlich, zumal schwierige Grunderwerbsverhandlungen zu erwarten sind.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/66/SRD

**Anträge zum Haushalt 2010;
hier: Änderungsantrag 309/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage 1)
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum
Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 75, Nr. 58**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	verwiesen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage)

Auch seitens Amt 66 wird aufgrund des äußerst kritischen Straßenzustandes und der Verkehrsbedeutung als Kreisstraße ER 6 ein Ausbau in 2010 für unumgänglich erachtet.

Nur dadurch können die ansonsten zwingend erforderlichen und nicht mehr aufschiebbaren Ausbesserungsarbeiten mit einem Kostenvolumen von ca. 40.000,- € vermieden werden.

Als Deckungsvorschlag können Restmittel aus 2009 herangezogen werden. Das Amt wird für abgeschlossene bzw. weitgehend abgeschlossene Maßnahmen nicht mehr benötigte Mittel in Höhe von über 628.000,- € zurückgeben.

Weitere Ausführungen zum vordringlichen Ausbaubedarf können der beiliegenden BWA-Vorlage vom 13.10.2009 (Anlage 2) zur Ausführungsplanung entnommen werden.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet..

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage)

Auch seitens Amt 66 wird aufgrund des äußerst kritischen Straßenzustandes und der Verkehrsbedeutung als Kreisstraße ER 6 ein Ausbau in 2010 für unumgänglich erachtet.

Nur dadurch können die ansonsten zwingend erforderlichen und nicht mehr aufschiebbaren Ausbesserungsarbeiten mit einem Kostenvolumen von ca. 40.000,- € vermieden werden.

Als Deckungsvorschlag können Restmittel aus 2009 herangezogen werden. Das Amt wird für abgeschlossene bzw. weitgehend abgeschlossene Maßnahmen nicht mehr benötigte Mittel in Höhe von über 628.000,- € zurückgeben.

Weitere Ausführungen zum vordringlichen Ausbaubedarf können der beiliegenden BWA-Vorlage vom 13.10.2009 (Anlage 2) zur Ausführungsplanung entnommen werden.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet..

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/66/SRD

**Anträge zum Haushalt 2010;
hier: Sicherheitsrelevante Tragfähigkeitsprüfung an Auslegern von Beton-
Lichtmasten
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt Seite
7, Nr. 4**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	verwiesen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Stellungnahme des Fachbereichs zur o.g. Nachmeldung

Wie aus der beiliegenden BWA-/HFPA-Vorlage vom 1./2.12.2009 (Anlage 1) ersichtlich, werden für die sicherheitsrelevanten Tragfähigkeitsprüfungen zusätzliche Finanzmittel von insgesamt 380.000,- € benötigt. Die Leistungen sind infolge des Gefährdungspotentials und des Verkehrssicherheitsproblems vordringlich und nicht aufschiebbar.

Die in der nachträglichen Nachmeldung bereitgestellten Mittel in Höhe von 190.000,- € decken den finanziellen Bedarf aber nur zur Hälfte.

Zur Erledigung dieser vordringlichen Aufgabe müssen deshalb die restlichen Finanzmittel in Höhe von weiteren 190.000,- € dem Sachkostenbudget des Fachamtes entnommen werden.

Welche Maßnahmen des Arbeitsprogrammes 2010 deshalb zurückgestellt werden, muss noch überprüft werden.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Stellungnahme des Fachbereichs zur o.g. Nachmeldung

Wie aus der beiliegenden BWA-/HFPA-Vorlage vom 1./2.12.2009 (Anlage 1) ersichtlich, werden für die sicherheitsrelevanten Tragfähigkeitsprüfungen zusätzliche Finanzmittel von insgesamt 380.000,- € benötigt. Die Leistungen sind infolge des Gefährdungspotentials und des Verkehrssicherheitsproblems vordringlich und nicht aufschiebbar.

Die in der nachträglichen Nachmeldung bereitgestellten Mittel in Höhe von 190.000,- € decken den finanziellen Bedarf aber nur zur Hälfte.

Zur Erledigung dieser vordringlichen Aufgabe müssen deshalb die restlichen Finanzmittel in Höhe von weiteren 190.000,- € dem Sachkostenbudget des Fachamtes entnommen werden.

Welche Maßnahmen des Arbeitsprogrammes 2010 deshalb zurückgestellt werden, muss noch überprüft werden.

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/66/SRD

**Anträge zum Haushalt 2010;
hier: Änderungsantrag 304/2009 ödp/FWG-Fraktion (siehe Anlage)
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum
Ergebnishaushalt/Investitionen Seite 76, Nr. 61**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage).

Die vorgesehene Sanierung der Brücke über die Aurach im Wiesengrund wird auf Weiteres zurückgestellt.

Durch geländeverändernde Aktivitäten der Erlanger Natur- und Umwelthilfe (NuH) ist der südlich der Brücke verlaufende Trampelpfad über private und städtische Grundstücksflächen nunmehr nicht mehr nutzbar.

Innerhalb der Verwaltung, insbesondere der AG Radwege, werden Überlegungen für einen rechtlich gesicherten Rad- und Gehweg im Regnitzgrund vorgenommen.

Angesichts der Grunderwerbsproblematik, der naturschutzrechtlichen Abwägungen und der äußerst kritischen Finanzlage ist eine kurzfristige bauliche Realisierung kaum zu erwarten.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage).

Die vorgesehene Sanierung der Brücke über die Aurach im Wiesengrund wird auf Weiteres zurückgestellt.

Durch geländeverändernde Aktivitäten der Erlanger Natur- und Umwelthilfe (NuH) ist der südlich der Brücke verlaufende Trampelpfad über private und städtische Grundstücksflächen nunmehr nicht mehr nutzbar.

Innerhalb der Verwaltung, insbesondere der AG Radwege, werden Überlegungen für einen rechtlich gesicherten Rad- und Gehweg im Regnitzgrund vorgenommen.

Angesichts der Grunderwerbsproblematik, der naturschutzrechtlichen Abwägungen und der äußerst kritischen Finanzlage ist eine kurzfristige bauliche Realisierung kaum zu erwarten.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

mit 2 gegen 9 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/63-1/3/T. 1002

KGST-Vorschlag 143: Entfall Prüfung und Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen und Bürgerberatung sowie Gebührenanhebung - Tischauflage

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

EBE

I. Antrag

Das Bauaufsichtsamt wendet sich gegen den Vorschlag „Prüfung und Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen sowie entsprechender Beratungsdienstleistungen“.

Die Maßnahme hätte folgende Auswirkungen, die dem relativ geringen Einsparvolumen von 25.000,- EUR, noch dazu erst nach 2018 realisierbar, gegenüberstehen:

Negative Auswirkungen für die öffentliche Entwässerung

- Schädigung städtischer Kanäle / Kläranlage durch unzulässige Stoffe
- Kostenmehrung im Klärwerksbetrieb
- Umweltverschmutzung durch Fehlanlüsse (Schmutzwasser in Oberflächengewässer)
- Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Zunahme an Straßeneinbrüchen
- Technisch falsche Anschlüsse, Geruchsprobleme, Rattenbefall
- Folgeschäden mangels Stilllegung alter Anschlusskanäle
- Überlastung öffentlicher Kanäle mangels hydraulischer Nachweise und Rückhaltmaßnahmen
- Überflutungsschäden im öffentlichen und privaten Bereich mit nachfolgenden Haftungsproblemen
- Fehlende und fehlerhafte Abscheideranlagen / Abwasserbehandlungsanlagen
- Erhöhte Kosten der Abwasserreinigung und Fremdwasserabgabe durch Fremdwassereintrag
- Verminderte Durchsetzung des Versickerungsgebotes für Regenwasser (Umweltschutz)
- Rechtliche Sicherung durch Leitungsrechte/Grunddienstbarkeiten nicht gewährleistet

Auch der Entwässerungsbetrieb befürchtet die o.g. Nachteile für die öffentliche Entwässerungsanlage.

Negative Auswirkungen für den Bürger

- Gefährdung des hygienischen Standards
- Probleme der abwassertechnischen Erschließung (technisch und rechtlich)
- Fehlender Bürgerservice an neutraler Bauberatung (Laie contra Fachbetrieb)
- Vermeidung von Nachbarschaftsstreitigkeiten im Vorfeld durch Sachaufklärung
- Wegfall bestehender Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren (Lebenslagenprinzip)
- Fehlende Vermittlung von relevanten Informationen zum Hausbau; Vermeidung Folgekosten

Eine moderate Gebührenerhöhung wird für sinnvoll erachtet.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Das Bauaufsichtsamt wendet sich gegen den Vorschlag „Prüfung und Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen sowie entsprechender Beratungsdienstleistungen“.

Die Maßnahme hätte folgende Auswirkungen, die dem relativ geringen Einsparvolumen von 25.000,- EUR, noch dazu erst nach 2018 realisierbar, gegenüberstehen:

Negative Auswirkungen für die öffentliche Entwässerung

- Schädigung städtischer Kanäle / Kläranlage durch unzulässige Stoffe
- Kostenmehrung im Klärwerksbetrieb
- Umweltverschmutzung durch Fehlanschlüsse (Schmutzwasser in Oberflächengewässer)
- Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Zunahme an Straßeneinbrüchen
- Technisch falsche Anschlüsse, Geruchsprobleme, Rattenbefall
- Folgeschäden mangels Stilllegung alter Anschlusskanäle
- Überlastung öffentlicher Kanäle mangels hydraulischer Nachweise und Rückhaltemaßnahmen
- Überflutungsschäden im öffentlichen und privaten Bereich mit nachfolgenden Haftungsproblemen
- Fehlende und fehlerhafte Abscheideranlagen / Abwasserbehandlungsanlagen
- Erhöhte Kosten der Abwasserreinigung und Fremdwasserabgabe durch Fremdwassereintrag
- Verminderte Durchsetzung des Versickerungsgebotes für Regenwasser (Umweltschutz)
- Rechtliche Sicherung durch Leitungsrechte/Grunddienstbarkeiten nicht gewährleistet

Auch der Entwässerungsbetrieb befürchtet die o.g. Nachteile für die öffentliche Entwässerungsanlage.

Negative Auswirkungen für den Bürger

- Gefährdung des hygienischen Standards
- Probleme der abwassertechnischen Erschließung (technisch und rechtlich)
- Fehlender Bürgerservice an neutraler Bauberatung (Laie contra Fachbetrieb)

- Vermeidung von Nachbarschaftsstreitigkeiten im Vorfeld durch Sachaufklärung
- Wegfall bestehender Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren (Lebenslagenprinzip)
- Fehlende Vermittlung von relevanten Informationen zum Hausbau; Vermeidung Folgekosten

Eine moderate Gebührenerhöhung wird für sinnvoll erachtet.

KGSt-Skript Vorschlag K 143

Der Vorsitzende weist auf die Tischaufgabe als Mitteilung zur Kenntnis (TOP 4.7) hin. Die Verwaltung stellt klar, dass es hier um zwei Vorschläge der KGSt geht:

1. um die Einsparung einer Planstelle mit den Aufgaben Prüfung und Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen nebst entsprechender Beratungsdienstleistungen. Dieser Vorschlag, dessen Umsetzung die Verwaltung nicht empfiehlt und der eine Änderung der Entwässerungssatzung bedingt, wirkte sich wie folgt aus:

Personalkosten: Aufwandsminderung von rund 75.000 EUR (ab 2018/2019)

Sachkosten: Ertragsminderung von rund 50.000 EUR (ab 2018/2019)

Differenz: 25.000 EUR (ab 2018/2019).

2. um die Erhöhung der Genehmigungsgebühren. Bei einer Gebührenerhöhung um 10% ergäben sich Mehreinnahmen bei den Sachkosten in Höhe von rund 5.000 EUR. Die Anhebung der Gebühren auf das Niveau der Stadt Fürth würde eine Steigerung um 15% bedeuten.

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Brandschutztechnische Sanierung des Markgrafentheaters, Einbau von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen in das Zuschauerhaus, sowie Sicherung der Rettungswege im Bereich der Treppenhäuser und Ringflure; Erneuerung der Kälteanlagen und Aufbau einer Ersatzstromversorgung

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 24/GME, Amt 44 Theater, Amt 20, Amt 63, Amt 14

I. Antrag

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante A (Abtrennung der Ringflure)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante C (Druckbelüftung im Musikerzimmer)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Es wird beschlossen, keine der drei genannten brandschutztechnischen Maßnahmen auszuführen, hier **Variante D**. Die Konsequenz ist die sofortige Schließung der obersten beiden Ränge und die Schließung des Zuschauerhauses des Markgrafentheaters zum 31.12.2010 (vorbehaltlich der Anordnung durch Amt 63).

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Erfüllung bauaufsichtlicher (BayBO) und gesetzlicher Vorgaben für Versammlungsstätten (VStättV) zum Schutz der Besucherinnen und Besucher des Markgrafentheaters.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen, hier für die Variante A (Abtrennung der Ringflure)

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Durch den Einbau einer mechanischen Rauch- und Wärmeabzugsanlage in das Zuschauerhaus des Markgrafentheaters Erlangen wird die gefahrlose Evakuierung im Katastrophenfall gewährleistet (Bauaufsichtliche Forderung gemäß BayBO)

Durch den Einbau einer automatischen Löschanlage im Bereich Foyer und den Einbau von Brandschutz- bzw. Rauchschutztüren im Bereich Foyer und Ringflure wird der bauaufsichtlich geforderte sichere 1. und 2. Rettungsweg geschaffen.

Durch den Einbau eines neuen Kälteaggregats im Außenbereich kann während der Vorstellungen der Zuschauerraum ohne die bisherige Lärmbelästigung klimatisiert werden.

Durch die Installation einer Ersatzstromversorgung im Außenbereich des Theaters wird die Stromversorgung sicherheitstechnischer Anlagen bei Stromausfall gewährleistet.

Die Variante A, Abtrennung der Ringflure, ist als nicht denkmalwürdig einzustufen und wurde von der Verwaltung nur aus Gründen der Vollständigkeit aufgenommen. Gegenüber der nur geringfügig teureren Variante C genießt sie aus Sicht der Bauverwaltung den Nachrang. Negative Auswirkungen auf das einzig bespielte Barocktheater Süddeutschlands sollten vermieden werden.

Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen, hier für die Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)

Durch den Einbau einer mechanischen Rauch- und Wärmeabzugsanlage in das Zuschauerhaus des Markgrafentheaters Erlangen wird die gefahrlose Evakuierung im Katastrophenfall gewährleistet (Bauaufsichtliche Forderung gemäß BayBO)

Durch den Einbau einer automatischen Löschanlage im Bereich Foyer und den Einbau einer Druckbelüftungsanlage für die Treppenhäuser und die Ringflure wird der bauaufsichtlich geforderte sichere erste Rettungsweg geschaffen. Für die lufttechnischen Anlagen wird ein Technikkeller im Außenbereich des Theaters errichtet.

Durch den Einbau eines neuen Kälteaggregats in einem neu zu schaffenden Technikkeller kann während der Vorstellungen der Zuschauerraum ohne die bisherige Lärmbelästigung klimatisiert werden.

Durch die Installation einer Ersatzstromversorgung im Außenbereich des Theaters wird die Stromversorgung sicherheitstechnischer Anlagen bei Stromausfall gewährleistet.

Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen, hier für die Variante C (Druckbelüftung im Musikerzimmer)

Durch den Einbau einer mechanischen Rauch- und Wärmeabzugsanlage in das Zuschauerhaus des Markgrafentheaters Erlangen wird die gefahrlose Evakuierung im Katastrophenfall gewährleistet (Bauaufsichtliche Forderung gemäß BayBO)

Durch den Einbau einer automatischen Löschanlage im Bereich Foyer und den Einbau einer Druckbelüftungsanlage für die Treppenhäuser und die Ringflure wird der bauaufsichtlich geforderte sichere erste Rettungsweg geschaffen. Für die lufttechnischen Anlagen wird das Musikerzimmer im Erdgeschoss als Technikzentrale benötigt.

Durch die Installation einer Ersatzstromversorgung im Außenbereich des Theaters wird die Stromversorgung sicherheitstechnischer Anlagen bei Stromausfall gewährleistet.

Durch die Erneuerung der Kälteanlage wird eine effektive Klimatisierung des Zuschauerraums gewährleistet (im Hofbereich des Theaters).

Bei der Umwidmung des Musikerzimmers in einen Technikraum für die Druckbelüftung ist aus Sicht der Bauverwaltung dem Belang des Brandschutzes ein größeres Gewicht beizumessen als der bisherigen Nutzung.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

1. Vergabe von **Planungsleistungen** gemäß **HOAI** für die Leistungsphasen 3- 4 und 5 – 9 an externe Planungsbüros.
 - a. Planungsleistung für Gebäude und raumbildender Ausbau gemäß HOAI § 33 (2009)
 - b. Planungsleistungen für die Tragwerksplanung gemäß HOAI § 49 (2009)
 - c. Planungsleistungen für die technische Ausrüstung gemäß HOAI § 53 (2009) für die Anlagengruppen Abwasser- und Wasseranlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Lufttechnische Anlagen, Starkstromanlagen, Gebäudeautomation.
 - d. Sachverständige für die
 - Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination auf Baustellen,
 - für Sicherheitstechnische Anlagen (Prüfung und Abnahme)
2. Gewerkeweise Vergabe der **Bauleistungen** nach **VOB**.

Bauablauf für alle Varianten:

Siehe Sachbericht.

4. Ressourcen:

hier für die Variante A (Abtrennung der Ringflure)

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	Gesamtkosten: ca. 2.988.700,-- € (Anteil Brandschutz: 1.521.858,32 €) (Anteil Haustechnik: 1.466.859,00 €)	IvP-Nr. 261.404 Die Anmeldung zum Investitionshaushalt ist entsprechend dem Beschluss zu ändern.
Weitere Ressourcen	Vom Fachamt (Amt 44) wurde fristgerecht im Januar 2008 bei der Regierung von Mittelfranken für eine Vorversion der Variante A ein Förderantrag nach FAG Art. 10 eingereicht. Aufgrund der noch zu überarbeitenden Entwurfsplanung ist eine erneute Antragsstellung erforderlich. Bei der Unteren Denkmalschutzbehörde ist nach Abschluss der Entwurfsplanung ein Antrag auf Förderung des denkmalpflegerischen Mehraufwands zu stellen.	

hier für die Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

- Investitionskosten: Gesamtkosten : ca. **4.837.700,-- €** IvP- Nr. 261.404
(Anteil Brandschutz: **3.483.439,96 €**) Die Anmeldung zum
(Anteil Haustechnik: 1.354.259,00 €) Investitionshaushalt ist
entsprechend dem Beschluss zu
ändern.
- Weitere Ressourcen Für den vom Fachamt (Amt 44) fristgerecht (Oktober 2009) gestellten Förderantrag, hier für die Variante B, ist bei der Regierung von Mittelfranken ein dem Beschluss entsprechender Änderungsantrag einzureichen. Bei der Unteren Denkmalschutzbehörde wurde von Amt 24/GME angefragt, ob die Mehrkosten zur Variante B als denkmalpflegerischer Mehraufwand förderfähig sind. Eine schriftliche Stellungnahme liegt bisher nicht vor.

hier für die Variante C (Druckbelüftung mit Technikzentrale im Musikerzimmer)

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

- Investitionskosten: Gesamtkosten: ca. **3.105.876,00,-- €** IvP- Nr. 261.404
(Anteil Brandschutz: **1.635.599,42 €**) Die Anmeldung zum
(Anteil Haustechnik: 1.470.256,00 €) Investitionshaushalt ist
entsprechend dem Beschluss zu
ändern.
- Weitere Ressourcen Vom Fachamt (Amt 44) ist fristgerecht ein Förderantrag, hier für die Variante C, bei der Regierung von Mittelfranken einzureichen. Bei der Unteren Denkmalschutzbehörde ist nach Abschluss der Entwurfsplanung ein Antrag auf Förderung des denkmalpflegerischen Mehraufwands zu stellen.

Haushaltsmittel für die Planungsphase in Höhe von 610.000,-- € stehen unter der IvP-Nr. 261.404 für 2009/2010 zur Verfügung.

Sachbericht:

Im Rahmen der brandschutztechnischen Sanierungsmaßnahmen, die mit dem Einbau einer automatischen Brandmeldeanlage im Jahr 2003 begonnen wurden (Entrauchung und Fluchtwege Redoutensaal 2005/2006), wurde in 2007 mit den Planungen für die Entrauchung des Zuschauerhauses und die Sicherung der Flucht- und Rettungswege begonnen.

Über die Entrauchung im Zuschauerhaus konnte mit allen beteiligten Genehmigungsbehörden in kurzer Zeit eine einvernehmliche Lösung erarbeitet werden.

Zur Sicherung der Flucht- und Rettungswege wurde dann im April 2008 der zuständigen Bauaufsicht die Variante A (Abtrennung der Ringflure) als Baugesuch zur Genehmigung vorgelegt.

Im Juli 2008 wurde in der Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege die geplante Sanierung (Variante A) als nicht denkmalwürdig eingestuft. Eine Überarbeitung der Entwurfsplanung wurde dringend empfohlen.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachplanungsbüros wurde dann die Variante B entwickelt und mit dem Fachamt (im Frühjahr 2009) abgestimmt. Aufgrund der erheblichen Kosten dieser Variante (B) wurde unter Federführung von Amt 24 die Variante C erarbeitet.

Baurechtlich sind die Varianten A, B und C genehmigungsfähig, wobei die Umsetzung der Variante A seitens der Denkmalpflege und dem Amt für Gebäudemanagement auf erhebliche Bedenken stößt.

Auch aus gestalterischer Sicht würde die Unterteilung der Ringflure und Foyers durch Brand- und Rauchschutztüren den großzügigen Charakter der betroffenen Bereiche nachhaltig stören.

Bauausführung:

Erläuterungsbericht für:

die Variante A (Abtrennung der Ringflure):siehe Sachbericht Architekturbüro Rainer Eis.

die Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller): wie vor.

die Variante C (Druckbelüftung mit Technikzentrale im Musikerzimmer) wie vor

Die Vorentwurfsplanung (Pläne) wird für die Varianten A, B und C in der Sitzung präsentiert.

Fragen der Bezuschussung:

Entsprechend der Beschlussfassung ist nach Abschluss der Entwurfsplanung bei der Regierung von Mittelfranken ein Zuwendungsantrag nach Art. 10 FAG für die beschlossene Maßnahme zu stellen.

Weiter ist beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege ein Zuwendungsantrag auf Zuwendungen aus dem Entschädigungsfond für den denkmalpflegerischen Mehraufwand einzureichen.

Konkrete Aussagen beider möglicher Zuwendungsgeber zur Förderfähigkeit der Maßnahmen liegen derzeit nicht vor.

Kosten:

Variante A (Abtrennung der Ringflure)

ii. Brandschutztechnische Einrichtungen:

1. Lufttechnische Anlagen /RWA	185.580,00 €
2. Feuerlöschanlagen 83.330,14 €
3. Elektrotechnische Anlagen incl. Ersatzstromversorgung (Brandschutz)	132.000,00 €
4. Bauliche Anlagen incl. techn. Anlagen im Außenbereich (Brandschutz)	770.948,18 €
5. <u>Baunebenkosten (Anteil Brandschutz)</u>	<u>350.000,00 €</u>
Kostenanteil Brandschutz	<u>1.521.858,32 €</u>

iii. - haustechnische Einrichtungen und Außenanlagen

1. Kälteanlagen	356.454,20 €
2. Elektrotechnische Anlagen (Bestandssanierung)	430.400,00 €
3. Heizungssteuerung (MSR-Technik)	102.404,80 €
4. Bauliche Anlagen (Anteil Haustechnik)	200.000,00 €
5. Baunebenkosten (Anteil Haustechnik)	248.250,00 €
6. <u>Außenanlagen</u>	<u>129.350,00 €</u>
Kostenanteil Haustechnik	<u>1.466.859,00 €</u>

Gesamtkosten der Variante A **2.988.717,32 €**

Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)

iv. Brandschutztechnische Einrichtungen:

1. Feuerlöschanlagen	83.330,14 €
----------------------	-------------

2. Druckbelüftung und RWA	245.440,00 €
3. Elektrotechnische Anlagen incl. Ersatzstromversorgung (Brandschutz)	142.100,00 €
4. Außenanlagen	258.046,28 €
5. Bauliche Anlagen (Brandschutz)	2.154.523,54 €
6. <u>Baunebenkosten (Anteil Brandschutz)</u>	<u>600.000,00 €</u>
Kostenanteil Brandschutz	<u>3.483.439,96 €</u>

v. haustechnische Einrichtungen

1. Kälteanlagen	356.454,20 €
2. Heizungssteuerung (MSR-Technik)	102.404,80 €
3. Sanierung der Elektrotechnischen Anlagen (Bestandsanierung)	430.400,00 €
4. Bauliche Anlagen (Anteil Haustechnik)	248.250,00 €
5. <u>Baunebenkosten (Anteil Haustechnik)</u>	<u>216.750,00 €</u>
Kostenanteil Haustechnik	1.354.259,00 €

Gesamtkosten der Variante B **4.837.698,96 €**

Variante C (Druckbelüftung mit Technikzentrale im Musikerzimmer)

vi. Brandschutztechnische Einrichtungen:

1. Feuerlöschanlagen	83.330,14 €
2. Druckbelüftung und RWA	260.050,00 €
3. Ersatzstromversorgung/und Elektrotechnischen Anlagen (Brandschutz)	142.100,00 €
4. Bauliche Anlagen incl. techn. Anlagen im Außenbereich	700.516,28 €
5. <u>Baunebenkosten (Anteil Brandschutz)</u>	<u>450.000,00 €</u>
Kostenanteil Brandschutz	<u>1.635.599,42 €</u>

vii. haustechnische Einrichtungen und Außenanlagen

1. Kälteanlagen	356.454,20 €
2. Heizungssteuerung (MSR-Technik)	102.404,80 €
3. Sanierung der Elektrotechnischen Anlagen (Bestandsanierung)	430.400,00 €
4. Bauliche Anlagen (Anteil Haustechnik)	248.250,00 €
5. Baunebenkosten (Anteil Haustechnik)	204.397,00 €
6. <u>Außenanlagen</u>	<u>128.350,00 €</u>
Kostenanteil Haustechnik	<u>1.470.256,00 €</u>

Gesamtkosten der Variante C **3.105.855,42 €**

Hinweis:

Die angeführten Kosten für die drei Varianten beruhen gemäß aktuellem Planungsstand (Vorplanung) auf einer Kostenschätzung, die im Rahmen der weiterführenden Entwurfsplanung noch Änderungen erfahren kann. Eine Aussage zur endgültigen Kostensicherheit wird erst nach Abschluss der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vorliegen.

Bauausführung:

Siehe Erläuterungsbericht

Bauzeit:

Variante A (Abtrennung der Ringflure) :

Baubeginn August 2010;

Fertigstellung im Oktober 2011

1.) Bauphase: August/September 2010

Einbau der RWA- Anlagen für das Zuschauerhaus

Einbau der Sprühfluranlage im Foyer incl. Tanks und Verteiler

Einbau der Zuluftventilatoren für die RWA- Zuschauerhaus

Lieferung und Montage der Ersatzstromversorgung

Ab Beginn der Spielzeit 2010/2011 kann der geforderte Rauch- und Wärmeabzug für das Zuschauerhaus bereits in Betrieb gehen. Ebenfalls wird ab Oktober 2010 im Foyer die Feuerlöschanlage betriebsbereit sein.

Bis zum 31.12.2010 kann die Sicherung der Rettungswege baulich nicht umgesetzt werden. Dies erfolgt dann in der nachstehenden 2. Bauphase.

Als Kompensation für die nicht rechtzeitige Fertigstellung der Bauarbeiten (31.12.2010) ist während der Spielzeit 2010/2011 dafür zu sorgen, dass das Foyer und die Ringflure generell brandlastenfrei gehalten werden. Dies ist vor und während den Vorstellungen organisatorisch sicher zu stellen.

2.) Bauphase: August/September 2011

Einbau der Rauch- und Brandschutztüren im Foyer und in den Ringfluren

Der Einbau der Rauch- und Brandschutztüren im Bereich Foyer und Ringflure kann aus zeitlichen Gründen nicht mehr vor Beginn der Spielzeit 2010/2011 abgeschlossen werden, da die Arbeiten an der Sprühfluranlage im Bereich Foyer die gesamte spielfreie Zeit im August/September 2010 in Anspruch nehmen werden. Die Montagearbeiten im Bereich Foyer und Ringflure würden den laufenden Spielbetrieb des Theaters ab Oktober 2010 erheblich stören. Zum Teil wäre der Vorstellungsbetrieb am Abend erheblich beeinträchtigt.

Variante B (Technikkeller im Außenbereich)

Baubeginn August 2010

Fertigstellung September 2011

Hier nur eine Bauphase:

In der spielfreien Zeit (August / September 2010) werden die lärmintensiven und den Spielbetrieb störenden Arbeiten ausgeführt:

- Einbau der RWA- Anlagen für das Zuschauerhaus

- Einbau der Sprühflutanlage im Foyer incl. Tanks und Verteiler
- Beginn mit den Bauarbeiten Technikkeller
- Beginn mit den Arbeiten Zulufttunnel unter dem Raucherfoyer

Ab Oktober 2010 bis Ende September 2011 werden dann alle anderen Arbeiten während des eingeschränkten Spielbetriebs des Theaters durchgeführt. Zeitliche Unterbrechungen (jeweils ca. 8 Arbeitstage) der Arbeiten sind auf Grund der Endproben für 5 bis 6 Eigenproduktionen notwendig.

Ab Beginn der Spielzeit 2010/2011 kann der geforderte Rauch- und Wärmeabzug für das Zuschauerhaus wie bei der Variante A bereits in Betrieb gehen. Ebenfalls wird ab Oktober 2010 im Foyer die Feuerlöschanlage betriebsbereit sein.

Wie bei der Variante A kann hier ebenfalls bis zum 31.12.2010 die Sicherung der Rettungswege baulich (Druckbelüftung der Ringflure und Treppenhäuser) nicht umgesetzt werden.

Als Kompensation für die nicht rechtzeitige Fertigstellung der Bauarbeiten (31.12.2010) ist wie bei der Variante A während der Spielzeit 2010/2011 dafür zu sorgen, dass das Foyer und die Ringflure generell brandlastenfrei gehalten werden. Dies ist vor und während der Vorstellungen organisatorisch sicherzustellen.

Variante C (Technikraum im Musikerzimmer)

Wie Variante B, jedoch mit einer erheblich kürzeren Bauzeit, da kein Technikkeller errichtet werden muss und die Untertunnelung des Raucherfoyers in einem erheblich geringeren Umfang erfolgt.

Wie bei den Varianten A und B kann hier ebenfalls bis zum 31.12.2010 die Sicherung der Rettungswege baulich (Druckbelüftung der Ringflure und Treppenhäuser) nicht umgesetzt werden.

Baufertigstellung Ende Mai 2011

- Anlagen:**
- Erläuterungsbericht des Architekturbüro Rainer Eis, Variante A (Abtrennung der Ringflure)
 - Erläuterungsbericht des Architekturbüro Rainer Eis, Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)
 - Erläuterungsbericht des Architekturbüro Rainer Eis, Variante C (Druckbelüftung mit Technikzentrale im Musikerzimmer)
 - Bescheid des Bauaufsichtsamts vom 12.12.08, hier Vollzug der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und der Versammlungsstättenverordnung (VStättV); Brandschutzvorkehrungen im Markgrafentheater.
 - Textbeitrag Amt 44 Theater

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante A (Abtrennung der Ringflure)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante B (Druckbelüftung mit Technikkeller)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Die vorliegende Vorentwurfsplanung, hier **Variante C (Druckbelüftung im Musikerzimmer)**, mit Kostenschätzung zur brandschutztechnischen Sanierung des Markgrafentheaters wird gemäß DA-Bau 5.4 „Vorplanung“ beschlossen.

Beziehungsweise:

Es wird beschlossen, keine der drei genannten brandschutztechnischen Maßnahmen auszuführen, hier **Variante D**. Die Konsequenz ist die sofortige Schließung der obersten beiden Ränge und die Schließung des Zuschauerhauses des Markgrafentheaters zum 31.12.2010 (vorbehaltlich der Anordnung durch Amt 63).

Protokollvermerk:

Die Verwaltung schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in die BWA-Sitzung am 02.02.2010 zu vertagen; Herr Stadtrat Thaler stellt den Antrag, vor der BWA-Sitzung eine Ortsbesichtigung mit den Mitgliedern des Kultur- und Freizeitausschusses durchzuführen.

Diesem Antrag wird einstimmig entsprochen.

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/242-1/LHB-2325

Sanierung Turnhalle Schule Frauenaarach, Fraktionsantrag 308/2009 der Freien Wählergemeinschaft Erlangen vom 1.12.09 gemäß § 28 GeschO

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 63/Statik, Amt 40, Amt 52, Gebäudenutzer

I. Antrag

1. Die Erneuerung der Dachkonstruktion mit neuem Dachaufbau gemäß ENEV 2009 und den Einbau einer Deckenstrahlheizung gemäß Variante 2 sind durchzuführen. Zudem werden die Fenster und der Sportboden erneuert und Prallschutzwände an den Stirnseiten der Sporthalle angebracht. Haushaltsmittel in Höhe von 680.000€ sollen in den Investitionshaushalt 2010 eingestellt werden.
2. Der Fraktionsantrag 208/2009 der Freien Wählergemeinschaft Erlangen vom 1.12.09 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

5. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Den Gebäudenutzern werden sichere und intakte Gebäude zur Verfügung gestellt.

6. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Das Dachtragwerk der Turnhalle der Grundschule Frauenaarach wurde am 22.10.09 seitens TÜV Rheinland LGA Bautechnik GmbH eingehend überprüft. Es stellte sich heraus, dass eine Druckstrebe an einem hauptablastenden Auflager gebrochen und zwei benachbarte Druckstreben stark verformt waren. Daraufhin wurde die Halle auf Anraten der LGA am 22.10.09 gesperrt.

In der darauffolgenden Woche wurden die drei Auflagerpunkte umgehend gesichert, um einen Kollaps zu verhindern. Unabhängig von dieser Sicherung musste eine statische Nachrechnung der Dachkonstruktion beauftragt werden. Die statische Berechnung lag am 30.10.09 vor:

- Die Dachkonstruktion besitzt keine Aussteifung in Querrichtung. Alle Nagelbrettbinder müssen nachträglich ausgesteift werden.
- Alle Druckstreben, die zum Auflager führen, sind wesentlich zu schwach dimensioniert und müssen jeweils beidseitig bis auf das Auflager verstärkt werden. Die zulässige Belastung der vorhandenen Druckstreben ist überschritten.
- Der Druckstoß in der Bindermitte und der Zugstoß neben der Bindermitte ist mangelhaft ausgeführt und macht eine Verstärkung zur Aufnahme der vorhandenen Normalkräfte notwendig.

Für den Sportunterricht der Schülerinnen und Schüler werden folgende Turnhallen als Ausweichquartiere genutzt: Eichendorffschule, Schule Eltersdorf, Schule Brucker Lache, Max- und- Justine- Elsner- Schule

Fazit: Es bestehen große Bedenken hinsichtlich der Standsicherheit der Dachkonstruktion. Die statischen Berechnungen wurden an die LGA weitergeleitet und wurden dort ausgewertet. Die LGA hat mitgeteilt, dass eine Nutzung der Halle, bis zur ausführlichen Sanierung oder Erneuerung der gesamten Dachkonstruktion ausdrücklich zu untersagen ist. Die LGA und der beauftragte Statiker haben einen Kostenvergleich für die Sanierung der Dachkonstruktion und einer kompletten Erneuerung der Dachkonstruktion erstellt. Die Sanierung der vorhandenen Dachkonstruktion wird fast genauso teuer wie eine Erneuerung der Dachkonstruktion und ist deswegen nicht sinnvoll und wirtschaftlich. Zudem ist zu bedenken, dass der jetzige Dachaufbau in keiner Weise der Energieeinsparverordnung entspricht und ohnehin ertüchtigt werden muss.

Variante 1:

Aus den genannten Gründen bietet sich die Erneuerung der Dachkonstruktion durch Stahlbetonbinder mit neuem Dachaufbau und neuer Wärmedämmung, welche die Anforderung der ENEV 2009 deutlich unterschreitet, sowie der Einbau einer Deckenstrahlheizung an. Damit kann die unwirtschaftliche Luftheizungsanlage stillgelegt werden. Kostenschätzung: ca. 357.000€. Ein FAG- Zuschuss in Höhe von ca. 90.000€ wäre möglich. Klärung mit der Regierung von Mittelfranken ist erforderlich.

Geschätzte Energieeinsparung in 20 Jahren: 79.424€ (detaillierte Aufstellung siehe Anlage)

Variante 2:

Erneuerung der Dachkonstruktion durch Stahlbetonbinder mit neuem Dachaufbau und neuer Wärmedämmung, welche die Anforderung der ENEV 2009 deutlich unterschreitet, sowie Einbau einer Deckenstrahlheizung. Damit kann die unwirtschaftliche Luftheizungsanlage stillgelegt werden. Zudem (zusätzlich zu Variante 1) werden die Fenster und der Sportboden erneuert und Prallschutzwände an den Stirnseiten der Sporthalle angebracht, da damit die Innensanierung der Halle abgeschlossen wäre. Die Turnhalle wäre als Versammlungsstätte nutzbar, da im Zuge der Fenstererneuerung die neuen Fenster als Rauch- und Wärmeabzugsanlage nutzbar wären. Kostenschätzung: ca. 680.000€. Ein FAG- Zuschuss in Höhe von ca. 160.000€ wäre möglich. Klärung mit der Regierung von Mittelfranken ist erforderlich.

Geschätzte Energieeinsparung in 20 Jahren: 102.550€ (detaillierte Aufstellung siehe Anlage)

Variante 3:

Wenn die Generalsanierung der gesamten Turnhalle (einschließlich Wärmedämmung der Außenwände) mit Nebenräumen durchgeführt werden soll, (was wegen der maroden Installationen und des verbrauchten Innenausbaus sinnvoll wäre) entstehen Gesamtkosten in Höhe von angenommenen ca. 1.200.000€. Es wäre mit einem FAG- Zuschuss in Höhe von ca. 300.000€ zu rechnen.

Geschätzte Energieeinsparung in 20 Jahren: 243.709€ (detaillierte Aufstellung siehe Anlage)

7. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bearbeitung durch GME, SG Bauunterhalt mit externer Vergabe der Planungsleistungen. Planungsmittel für Architekt (bei Variante 2 und 3); Statiker, Heizungsprojektanten und Elektroprojektanten werden im Januar 2010 beantragt. Wenn die Planungsmittel im Januar 2010 zur Verfügung gestellt werden, ist mit der Fertigstellung der Turnhalle zu rechnen:

Variante 1: Bauzeit von Mai bis September 2010

Variante 2: Bauzeit von Mai bis Oktober 2010

Variante 3: Bauzeit von Mai bis Dezember 2010

8. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	Variante 1: bei IPNr.:
	ca. 357.000,- €
	Variante 2:
	ca. 680.000,- €
	Variante 3:
	ca. 1.200.000,- €
Sachkosten:	€ bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ bei Sachkonto:
Folgekosten	€ bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	Variante 1: Zuschuss FAG
	ca. 90.000,- €
	Variante 2: Zuschuss FAG
	ca. 160.000,- €
	Variante 3: Zuschuss FAG
	ca. 300.000,- €

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel sind im Budget vorhanden!

Anlagen: Fraktionsantrag 308/2009 vom 01.12.09
Berechnung der jährlichen Einsparungen je Sanierungsvariante

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatte

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/63-1/3/T. 1002

**Temporäre Überdachung (Mai - Juli) von 3 Terrassenachsen mit einer automatischen Markisenanlage;
An den Kellern 5;
2009-1312-BA**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

63-4 – Denkmalschutz; 611 - Stadtplanung

I. Antrag

Das Bauvorhaben und die erforderliche Befreiung vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB werden unter der genannten Voraussetzung befürwortet.

II. Begründung

9. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen ruft das Bauvorhaben hervor?)

1 **Bebauungs** **2** **Nr. 191**
plan:

Gebietscharakter: Allgemeines Wohngebiet;
hier: Grünfläche / Festplatz

Widerspruch zum Außerhalb des überbaubaren Bereiches
Bebauungsplan:

Ortsbesichtigung: Erfolgte bereits am 02.12.2008

10. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufgrund des BWA-Beschlusses vom 03.02.2009 wurde für das Jahr 2009 die befristete Genehmigung für die Überdachung von drei Terrassenachsen für die Monate Mai, Juni, Juli genehmigt. Inhalt der befristeten Genehmigung war, dass die Grundkonstruktion, die für die Markise im eingefahrenen Zustand benötigt wird, während des ganzen Jahres verbleiben kann (3 Stützenfelder).

Die Stützen und Träger, die die Anlage für die Markise im ausgefahrenen Zustand benötigt, durften nur im Zeitraum 1. Mai bis 31. Juli errichtet sein.

Nunmehr wurde erneut Antrag auf Baugenehmigung der Markisenanlage gestellt und zwar unbefristet, jeweils jährlich für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Juli, einschließlich Auf- und Abbauphase. Im Gegensatz zur Erstgenehmigung ist geplant, die Grundkonstruktion, die auch außerhalb der Zeitraumes Mai bis Juli stehen bleiben soll, um zwei Stützenfelder zu erweitern (insgesamt dann 5 Stützenfelder – siehe rot markierten Bereich im Lageplan). Hintergrund für die Erforderlichkeit der vergrößerten Grundkonstruktion im rückwärtigen Bereich ist, dass für die Erreichbarkeit der hinteren Teile für den jährlichen temporären Auf- und Abbau ansonsten jeweils sehr schweres Gerät eingesetzt werden muss; für den vorderen Bereich genügt für den Auf- und Abbau ein kleinerer Kranwagen.

Nach dem beantragten Nutzungszeitraum erfolgt der Rückbau jeweils zum 31.07. Die Markisen werden nach dem Rückbau in den gekennzeichneten Sonderbauflächen geparkt, hier bleiben die Stützen und Laufschiene stehen.

Von Seiten der Verwaltung wird das Vorhaben unter der Voraussetzung befürwortet, dass es hinsichtlich der Farbgestaltung für die Konstruktion im „Ensemblebereich Bergkirchweih“ mit dem Landesamt für Denkmalpflege zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Weitere Voraussetzung ist die rechtzeitige Vorlage einer Prüfstatik vor Baugenehmigung sowie der Einbau eines Windmessers mit Warnfunktion (akustisch und optisch).

Die Standsicherheit der Anlage und die Beseitigung des Niederschlagswassers sind bei ordnungsgemäßem Aufbau gewährleistet. Für den Teil der Anlage, der jährlich auf- und abgebaut wird, ist eine jährliche Überprüfung durch den zuständigen Prüfingenieur vorgesehen.

11. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nachbarbeteiligung: Nachbarzustimmung liegt vor.

Anlagen: Lageplan

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Das Bauvorhaben und die erforderliche Befreiung vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB werden unter der genannten Voraussetzung befürwortet.

Protokollvermerk:

Herr Stadtrat Kittel regt an, die Entscheidung über das Vorhaben erst im nächsten Jahr zu treffen, da die Terrassen optisch besser an die Umgebung angepasst werden sollten.

Herr Stadtrat Könnecke stellt daraufhin den Antrag, das Vorhaben zunächst nur für ein Jahr zu befürworten. Bis dahin sollte in Abstimmung mit dem Baukunstbeirat eine optische Veränderung der vorhandenen Terrassenanlage erfolgen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatte

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/63-1/3/T. 1002

**Neubau einer Studentenwohnanlage mit Begegnungsstätte und Büroräumen/
Bauteil Ost (2009-1387-VV),
Neubau einer weiteren Studentenwohnanlage/ Bauteil West (2009-1388-VV) und
Neubau eines Studentenwohnheims/ Bauteil Mitte (2009-1385-VV)
mit einer Gemeinschafts-Tiefgarage mit 100 Stellplätzen;
An der Henkestraße (Lauksche Gärtnerei)**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Ref. VI, Amt 61

I. Antrag

1. Das Bauvorhaben (Bauteil West) und die erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB werden unter den genannten Voraussetzungen befürwortet.
2. Das Bauvorhaben (Bauteil Mitte einschließlich Tiefgarage) und die erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB werden unter den genannten Voraussetzungen befürwortet.
3. Das Bauvorhaben (Bauteil Ost einschließlich Begegnungszentrum) und die erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB werden unter den genannten Voraussetzungen befürwortet.

II. Begründung

12. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen ruft das Bauvorhaben hervor?)

3 **Bebauungs 4** **303, 1. Deckblatt**
plan:

Gebietscharakter: Besonderes Wohngebiet und öffentliche Verwaltung

Widersprüche zum Bebauungsplan:

Bauteil West:

Teilweise Überschreitungen der westlichen Baugrenzen, Überschreitung der zulässigen Anzahl Vollgeschosse (IV + D statt II/III FD), abweichende Dachform (SD, WD statt FD), abweichende Art der Nutzung von der festgesetzten Stellplatzfläche (Parkhaus) in Wohnnutzung, Verlegung des öffentlichen Geh- und Radwegs; Verlegung von zu erhaltenden und neu zupflanzenden Baumstandorten.

Bauteil Mitte:

GFZ-Überschreitung von zul. 1,6 auf 1,66 (bezogen auf die einzelnen Grundstücksbereiche), Überschreitung der zulässigen Vollgeschosse (IV + D statt III FD), abweichende Dachform (SD, WD statt FD), abweichende Nutzung zur festgesetzten Stellplatzfläche (Parkhaus) in Wohnnutzung, Verlegung von zu erhaltenden und neu zupflanzenden Baumstandorten.

Bauteil Ost:

GFZ- Überschreitung von zul. 1,6 auf 2,38 und GRZ-Überschreitung von zul. 0,6 auf 0,64 (bezogen auf die einzelnen Grundstücksbereiche), Überschreitung der Wandhöhe an der Ecke Henkestraße / Waldstraße von zulässigen 8,00 m +/- 0,25 m und 10,45 m +/- 0,25 m auf 8,65 m und 11,45 m, teilweise Überschreitungen der westlichen Baugrenzen, Überschreitung der zulässigen Vollgeschosse (IV +D bzw. III+D statt II/III FD, MD), abweichende Dachform (SD, WD statt FD, MS), abweichende Nutzung zur festgesetzten öffentlichen Verwaltung in Wohnnutzung.

13. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Für das Gelände der ehemaligen Laukschen Gärtnerei an der Henkestraße wurde im August 2009 ein Realisierungswettbewerb von der Firma Mauss und dem Studentenwerk ausgeschrieben. Das überarbeitete Wettbewerbsergebnis mündete in bisher 3 Bauanträgen, die am 23.12.2009 beim Bauaufsichtsamt eingegangen sind. Die Prüfung der Bauanträge sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (insbes. Umweltamt, Tiefbauamt und Verkehrsplanung) dauern noch an. Die südwestlichste Bebauung wird zu einem späteren Zeitpunkt beantragt.

Gegenstand der Bauanträge ist der Neubau von 2 Studentenwohnanlagen und einem geförderten Studentenwohnheim mit den dazugehörigen Erschließungs-, Parkierungs- und Freiflächen. Entlang der Henkestraße schließen drei viergeschossige Baukörper mit Dachgeschoss städtebaulich das Carre Henkestraße Waldstraße, Anlagenstraße und Raumerstraße ab und schließen nach hinten hofseitig an die Bestandsbebauung an. Zur Waldstraße hin stuft sich der Baukörper um ein Geschoss ab.

Das städtische Verwaltungsgebäude, das sich derzeit auf dem östlichen Eckgrundstück mit der Flur- Nummer 1088/22 befindet, wird abgebrochen. Bei dem Neubau (Bauteil Ost) im Erdgeschoss sind Räume für ein Begegnungszentrum für Belange der Studierenden untergebracht. Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen werden vorgehalten. In den darüber liegenden 4 Obergeschossen sind freifinanzierte 63 Studentenappartements geplant.

Auf dem Westgrundstück mit der Flur – Nummer 1088/ 46 (Bauteil West) sind auf 5 Geschossen 107 Studentenappartements als eigenständiger Anbau an das bestehende Studentenwohnheim geplant.

Zwischen diesen beiden Grundstücken auf der Flur – Nummer 1088/2 (Bauteil Mitte) sind vom Studentenwerk Erlangen Nürnberg 71 geförderte Wohnheimplätze in Form von eigenständigen

Appartements mit Gemeinschaftsräumen als Erweiterung an das vorhandene Studentenwohnheim II beantragt.

Insgesamt löst das Bauvorhaben einen Bedarf von 90 Stellplätzen aus. Unter dem mittleren und dem westlichen Grundstück ist eine Gemeinschafts-Tiefgarage mit 100 Stellplätzen geplant, in der die baurechtlich notwendigen 80 Stellplätze aller Studentenappartements der drei beantragten Bauvorhaben untergebracht werden. Für das Begegnungszentrum sind 10 baurechtlich notwendige Stellplätze nachgewiesen, davon 8 in der Tiefgarage. An der Henkestraße sollen von den Bauherren 9 Stellplätze auf öffentlicher Verkehrsfläche als Längsparker hergestellt werden, 4 weitere sind geplant. Insgesamt werden also 115 Stellplätze hergestellt.

Gemäß des Stadtratbeschlusses vom 27.05.2009 sind von den seit Jahren bestehenden Parkplätzen (insgesamt 117) trotz der Bebauung des Areals ca. 40 privat zu vermietende Stellplätze zu erhalten – neben den bauordnungsrechtlich notwendigen. Diese Anzahl wird nicht erreicht; die Differenz zwischen der Gesamtzahl der Stellplätze und der Zahl der baurechtlich notwendigen Stellplätze beträgt 25.

Es sind neben den erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan zahlreiche Abweichungen vom Bauordnungsrecht, wie zum Beispiel von den Abstandsflächen, hinsichtlich des Brandschutzes und der Barrierefreiheit, beantragt.

5 Von Seiten der Verwaltung wird das Vorhaben mit den erforderlichen Befreiungen und Abweichungen unter folgenden Voraussetzungen befürwortet:

- a) Alle Appartements müssen auf Dauer zur Benutzung durch Studentinnen und Studenten bestimmt sein. Eine diesbezügliche rechtliche Sicherung durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadt Erlangen ist erforderlich.
- b) Es sind weitere dingliche Sicherungen für die bauordnungsrechtlichen Abweichungstatbestände erforderlich.
- c) Es sind Ersatzpflanzungen zum wertmäßig vollständigen Ausgleich für die Eingriffe in den Baumbestand (29 Baumfällungen sind beantragt) erforderlich.

14. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nachbarbeteiligung:

Die Nachbarbeteiligung liegt noch nicht vor.

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

Herr Stadtrat Wenig regt an, zu prüfen, ob der Radweg auf die Straße verlegt werden könnte. Dies sei sicherer als der geplante Verschwenk.

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

**Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010
Neufassung
Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009
(Sitzung des HFPA-HH am 10.02./11.02.2010)**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Gutachten	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

Siehe Einzelabstimmungen.

Stimmen
gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/241-11/HCA-2543

**Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe
Arbeitsprogramm 2010 (Seiten 71 -94)**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für das Amt 24 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 24 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 24 wird unter Berücksichtigung des noch festzulegenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 6 gegen 5 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/241-11/HCA-2543

**Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe
Arbeitsprogramm 2010 (Seiten 71 -94)**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

3. Der Stellenplan 2010 für das Amt 24 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 24 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
4. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 24 wird unter Berücksichtigung des noch festzulegenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/63-1/3/T. 1002

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63);
-siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form Seiten 339 ff.-**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für das Amt 63 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 63 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 63 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/63-1/3/T. 1002

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63);
-siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form Seiten 339 ff.-**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschu ss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für das Amt 63 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 63 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 63 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/66/SRD

Beschlussvorlage: Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form Seite 345 - 357

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Beteiligte Dienststellen (intern)				
Beteiligte Dienststellen (extern)				

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für das Amt 66 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 66 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 66 wird unter Berücksichtigung des noch festzulegenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/66/SRD

Beschlussvorlage: Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form Seite 345 - 357

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	19.01.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen
Beteiligte Dienststellen (intern)				
Beteiligte Dienststellen (extern)				

I. Antrag

3. Der Stellenplan 2010 für das Amt 66 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 66 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
4. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 66 wird unter Berücksichtigung des noch festzulegenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

III. Abstimmung

Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 19.01.2010

Protokollvermerk:

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke

Vorsitzender

gez. Bruse

Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anfragen:

Anfrage von Herrn Stadtrat Schulz:

Herr Stadtrat Schulz berichtet, dass in der Sporthalle Frauenaurach zwei Fenster zu Bruch gingen und der Verein für die Begleichung des Schadens aufkommen soll. Er fragt an, ob nicht eher der Eigentümer zur Zahlung verpflichtet sei.

Herr Kirschner erklärte sich bereit, den Sachverhalt abzuklären und in der nächsten BWA-Sitzung am 02.02.2010 hierüber zu berichten.

Amt 24 zum Weiteren.

Anfrage von Herrn Stadtrat Wening:

Herr Stadtrat Wening bemängelt die oftmals unzureichende Räumung der Radwege bei Schnee und Eis.

Er bittet hierzu um Stellungnahme in der nächsten Sitzung des BWA am 02.02.2010.

Amt 772 zum Weiteren.

gez. Könnecke
Vorsitzende/r

gez. Bruse
Berichterstatter/in

Sitzungsende am 19.01.2010, 19:40 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Stadtrat
Könnecke

Der Schriftführer:

.....
Kirchhöfer (OLD)

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: